

Sozial – Aufgabengerecht – Nachhaltig – Nah bei den Menschen: Schwerpunkt Lebenswerte und Lebendige Quartiere

Unsere Fraktion will die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen den Stadt- und Ortsteilen sowie den Quartieren einerseits und zwischen Bremerhaven und Bremen andererseits verringern. Die SPD-Fraktion will die Lebensbedingungen für die Menschen in unserem Land verbessern, Teilhabe ermöglichen und Chancengerechtigkeit schaffen. Alle sollen gute Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen vorfinden. Wir wollen Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen stärken. Und Wohnen soll für alle und überall bezahlbar sein.

Das Quartier als Planungs- und Sozialraum hat in den vergangenen Jahren nicht nur in der politischen Debatte enorm an Bedeutung gewonnen. Auch die Bürgerinnen und Bürger fordern, mehr Augenmerk auf die Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort zu legen. Wir wollen den Quartiersbezug zu einem besonderen Schwerpunkt der politischen Arbeit der SPD-Bürgerschaftsfraktion machen – und zwar über möglichst alle Politikfelder hinweg.

Neben den Zielen und Vorhaben im Koalitionsvertrag soll in den kommenden Jahren aber überall dort, wo dies möglich ist, der Blick auf die Quartiere im Fokus der politischen Arbeit der SPD-Fraktion stehen. Bremen und Bremerhaven sind lebenswerte maritime Städte, wir wollen, dass alle gerne hier leben.

Die Entwicklung unserer beiden Städte betrachten wir ganzheitlich. Wir achten darauf, dass in allen Quartieren gute schulische, kulturelle, sportliche und gesundheitliche Angebote vorhanden sind. Die vielen Initiativen, die in den Quartieren das soziale Netz wieder enger knüpfen wollen, unterstützen wir. Und auf eines werden wir besonders achten: Quartiere mit großen sozialen Herausforderungen brauchen eine besondere Aufmerksamkeit.

Wir tragen für den sozialen Zusammenhalt in unseren beiden Städten die Gesamtverantwortung. Und deshalb denken wir Städte, Stadtteile und Quartiere zusammen.

Gleichwohl sind verfestigte Armut, Langzeitarbeitslosigkeit und die schlechteren Startchancen von Kindern Herausforderungen, von denen manche Quartiere erheblich stärker betroffen sind als andere. Die Einführung des Landesmindestlohns, der Ausbau von Programmen zur Integration von Langzeitarbeitslosen auf dem

Arbeitsmarkt sowie der quantitative und qualitative Ausbau von Kita- und Schulplätzen sind hier von größter Bedeutung. Diese Maßnahmen setzen an den Ursachen des Problems an, indem sie Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen bzw. schlechtere Startchancen ausgleichen. Das ist unser erklärtes Ziel.

Vor Ort in den Quartieren müssen wir aber noch mehr tun, um die Folgen von (Bildungs-) Armut und Arbeitslosigkeit mittelfristig zu kompensieren und Teilhabe zu ermöglichen. Wir nehmen dabei alle Menschen in den Blick. Als SPD-Fraktion unterstreichen wir: Bremerin und Bremer ist jeder und jede, der und die in Bremen lebt. Daher begreifen wir uns Abgeordnete bzw. Deputierte als VertreterInnen aller in unseren Quartieren lebenden Menschen. Wir wollen die Interessen und Sichtweisen aller Bevölkerungsgruppen in unser Handeln einbeziehen und Teilhabehürden unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus, Behinderung oder Alter beseitigen. Wir sind der Überzeugung: Lebendige Quartiere brauchen die Mitwirkung möglichst aller Menschen, die dort leben, wenn es darum geht, das Leben vor Ort zu gestalten.

Wie umfangreich diese Aufgabe ist, spiegelt sich im aktuellen Koalitionsvertrag dadurch wider, dass der Begriff „Quartier“ bei einer Vielzahl von Handlungs- und damit Ressortbereichen auftaucht. Für die unterschiedlichsten Bereiche wird gefordert, öffentliche Dienstleistungen (wieder) stärker auf Quartiersebene anzubieten. Zudem ist deutlich zu erkennen, dass Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement grundsätzlich am effizientesten auf Quartiersebene organisiert werden können.

Gleichzeitig gilt: Der Zusammenhalt in den Quartieren ist durch soziale Segregation, hohe räumliche Mobilität in der Gesellschaft, Entsolidarisierung und Individualisierung vielfach geringer geworden. Nicht zuletzt deshalb ergibt sich die Notwendigkeit, einerseits öffentliches Handeln stärker auf die Quartiersebene zu beziehen und andererseits private und öffentliche Dienstleistungen auf Quartiersebene gut aufeinander abzustimmen.

Im Kern geht es darum, den sozialen Zusammenhalt und die Lebensqualität in den Quartieren zu verbessern und zu verhindern, dass einzelne Quartiere sozial abgehängt werden und die Unterschiede zwischen den Quartieren zu vermindern.

Eine konsequente Orientierung auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse in unseren Stadtteilen und Quartieren erfordert auf der einen Seite eine Verbesserung der Koordination der Senatsressorts sowie eine Ergänzung der vorhandenen Förderstrukturen („Landesprogramm Lebendiges Quartier“). Auf der anderen Seite erfordert sie neue, gemeinsam mit den örtlichen Initiativen und Beiräten zu entwickelnde Koordinationsstrukturen vor Ort. In den einzelnen Quartieren können dabei im Detail unterschiedliche Zielsetzungen, Aktivitäten und Strukturen sinnvoll sein. Eine zentrale Erkenntnis der zurückliegenden Erfahrungen ist, dass die

Koordination auf Quartiersebene durch die Ortsämter und das Quartiersmanagement unterstützt werden muss.

Zu den Rahmenseetzungen, wie der weitere Prozess gestaltet werden muss, gehört,

1. dass die Bürgerinnen und Bürger Inhalte mitbestimmen können. Dabei geht es nicht allein um Mitbestimmung, sondern vor allen Dingen auch um Ermunterung und Ermöglichung von Bürgerengagement;
2. dass als Unterstützer vor Ort die Beiräte, die Ortsämter und das Quartiersmanagement als Koordinatoren einbezogen werden;
3. dass die erforderliche Koordination der Ressorts in einer schlanken Verwaltungsstruktur zentral erfolgt, damit möglichst viele Mittel und möglichst viel Personal auch wirklich vor Ort ankommen;
4. dass vorhandene Programme und finanzielle Ressourcen stärker für die Quartiersarbeit genutzt werden;

Kinder und Bildung – Ungleiches ungleich behandeln!

Eine gelingende Bildungspolitik, die von frühester Kindheit an Familien dabei unterstützt, dass Kinder gesunde und selbstbestimmte Persönlichkeiten entwickeln, kann ihre Wirkung nur entfalten, wenn sie in sozialräumliche Bezüge eingebettet ist und alle Akteure vor Ort miteinander für das gemeinsame Ziel arbeiten. In den Stadtteilen sind daher die Netzwerke zwischen Bildungsinstitutionen und die Kooperationen mit der Jugend- und Familienhilfe sowie freien Trägern der außerschulischen Bildung zu stärken und ressortübergreifend zu begleiten.

Für die SPD-Fraktion ist die qualitative Weiterentwicklung von Kitas und Schulen ein Kernanliegen. Deshalb wollen wir Kitas zu Kinder- und Familienzentren weiterentwickeln. Sie sollen die ersten Anlaufstellen für Familien im Quartier sein. Auch deshalb ist der weitere Ausbau von Plätzen, insbesondere im Bereich der Betreuung von Kindern unter drei Jahren auf mindestens 60% Versorgungsquote vor allem dort voranzutreiben, wo bislang nur ein deutlich geringerer Teil der Kinder mit diesem Angebot erreicht wird. Zwingend erforderlich ist daher, die Ausbildung attraktiver zu machen, um ausreichend zusätzliche pädagogische Fachkräfte zu gewinnen. Die Sicherung der Unterrichtsqualität soll durch eine stärkere Beratung und Unterstützung von Lehrkräften und Schulen vor Ort gewährleistet werden.

Sprache ist der Schlüssel zur Bildung: Wir werden ein durchgängiges Konzept (von der Krippe bis zur Berufsausbildung) für die Sprachbildung und -förderung erarbeiten.

Die ungleiche Verteilung von Chancen auf einen guten Schulabschluss und einen gelingenden Übergang in den Beruf wird durch die gestiegene soziale Ungleichheit weiter verschärft. In Schulen in herausfordernder Lage werden wir daher die Lehrkräfte gezielt durch die Kürzung der Lehrverpflichtung entlasten, Doppelbesetzungen in Grundschulen einführen, die Schulsozialarbeit und die Sprachförderung weiter verstärken sowie temporäre Lerngruppen ausbauen und verstetigen. Zusätzliche Ressourcen werden dabei insbesondere den Schulen zugutekommen, die einen hohen Anteil von SchülerInnen mit Unterstützungsbedarfen haben. Dazu werden wir den Sozialindex überarbeiten. Auch an den berufsbildenden Schulen wollen wir für eine verbesserte Ausstattung sorgen.

Als Grundsatz soll bei der Ausstattung von Schulen und Kitas in der Stadt Bremen also das Prinzip gelten, dass Ungleiches ungleich behandelt werden muss, um Chancengerechtigkeit zu gewährleisten.

Dabei soll die Idee eines „Bildungscampus“ wie im Kontext des Neubaus der Oberschule Ohlenhof diskutiert und auch auf weitere Standorte übertragen werden – insbesondere in Quartieren mit hohen sozialen Herausforderungen. Eine bessere Abstimmung von offener Kinder- und Jugendarbeit, Sportvereinen, kulturellen Einrichtungen, Kitas, Schulen und Gesundheitsangeboten zur Unterstützung von gelingenden Bildungsprozessen muss dabei durch entsprechende Rahmensetzungen und abgestimmte Verfahren gefördert werden.

Städte des sozialen Zusammenhalts

Bremen und Bremerhaven sind Städte des starken sozialen Zusammenhalts, dies trifft insbesondere auch auf die Quartiere zu, in denen große Herausforderungen wie Arbeitslosigkeit, Bildungsbenachteiligungen oder Kinderarmut zu bewältigen sind. Seit vielen Jahren hat eine sozialdemokratisch geprägte Politik mit Programmen wie „Wohnen in Nachbarschaften“, mit dem Aufbau und der Stärkung von quartiersbezogenen Einrichtungen und Zentren sowie der Förderung von Initiativen und Vereinen, die den Zusammenhalt unterstützen, dazu beigetragen, dass das Zusammenleben in unserer Stadt, in den Quartieren gelingt.

Konkret werden wir daher bestehende Ansätze und Programme weiterführen und ausgestalten.

Den Ausbau der Quartierszentren und anderer Einrichtungen, die diese Funktion erfüllen, wollen wir weiter vorantreiben. Unser Ziel ist ein gutes, wohnortnahes Angebot, in dem Kinder, Eltern und Familien sowie ältere Menschen unkompliziert Unterstützung, Beratung und Förderung erhalten. Gemeinsam mit den freien Trägern werden wir diese familienunterstützenden Angebote stärken, sie mit Jugendhilfe und Schule verbinden und weiterentwickeln.

Wir wollen die WiN-Gebiete finanziell und personell besser ausstatten und das Programm konzeptionell weiterentwickeln, sodass wir auch kleinere Quartiere in die Förderung aufnehmen können. Ankunftsquartiere erfordern unsere besondere Aufmerksamkeit. Dazu ist eine Erhöhung der Mittel erforderlich. Das Programm „Ankommen im Quartier“ wollen wir verstetigen. Außerdem fordert die SPD-Fraktion einen „Innovationsfonds für Quartiere“ als Ausgleich für den Wegfall des Impuls-Programms und der Mittel der Stiftung „Wohnliche Stadt“, der zentral zu verorten ist und auch ungewöhnliche Projekte in allen Bereichen der Stadt fördert.

Initiativen und Vereine, die sich intensiv um die Verbesserung der Lebenssituation in den Quartieren kümmern, sowie die offene Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit, wollen wir stärken und finanziell besser ausstatten. Schließlich setzen wir Schwerpunkte in der lokalen Gesundheitsförderung sowie der quartiersbezogenen Verbraucherberatung. Diese Maßnahmen werden vor Ort dazu beitragen, die Beteiligung möglichst vieler zu aktivieren, die Selbstorganisationskräfte anzuregen und konkret Unterstützung zu leisten.

Inklusion in den Wohnquartieren ist für uns ein wesentliches Ziel. Deshalb werden wir weiter flexible Wohnformen für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Beeinträchtigung fördern. Zudem werden wir die Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention weiter konsequent umsetzen.

Quartiersarbeit heißt vor Ort sein. Das wollen wir auch als SPD-Abgeordnete zeigen. Wir wollen verfolgen, was in den Quartieren geschieht, mit Menschen in den Dialog treten, mehr zuhören, unsere Politik vor Ort diskutieren und erklären und als AnsprechpartnerInnen fungieren. Wir sind in unserem Handeln transparent und verbindlich.

Als SPD-Fraktion sind wir uns bewusst: Mehr gesellschaftliche Teilhabe von Menschen in den Quartieren mit großen Herausforderungen bedarf vieler Maßnahmen, die die Kräfte aller Senatsressorts erfordert. Daher setzen wir uns für eine übergreifende Koordinierung und Steuerung der verschiedenen Maßnahmen aus den Ressorts Soziales, Kinder und Bildung, Bau, Wirtschaft und Arbeit sowie Gesundheit ein.

Unsere Städte verfügen über großen sozialen Zusammenhalt. Das wollen wir erhalten und stärken. Dafür treten wir an.

Arbeit im Quartier

Landesmittel in der Arbeitsmarktpolitik sollen hauptsächlich auf jene Bereiche konzentriert werden, in denen das Land eigene Schwerpunkte setzt. Dazu gehört neben der Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, der Jugendberufsagentur und der Ausbildungsgarantie insbesondere auch die Schaffung einer neuen regionalen Struktur des Angebotes von Beschäftigungsmöglichkeiten über den zweiten Arbeitsmarkt. Dabei wollen wir Landesmittel auch dafür einsetzen, Programme für Zielgruppen zu entwickeln bzw. fortzuführen, die keine oder wenig Chancen auf Förderungen nach dem SGB II haben: Alleinerziehende mit Kindern unter drei Jahren, AufstockerInnen, ältere Beschäftigte und Erwerbslose, die bereits erfolgreich in geförderter Beschäftigung tätig waren.

Auch Bildungs- und Beschäftigungsträger müssen sich weiterentwickeln, um ihren jeweiligen TeilnehmerInnen Chancen und Perspektiven in einem sich stark verändernden Arbeitsmarkt zu eröffnen. Wir wollen sie darin unterstützen, Angebote zu erweitern und neue Inhalte und Kooperationen zu erproben. Dafür ist eine entsprechende Infrastruktur in den Stadtregionen abzusichern und eine Zielorientierung abzustimmen. Alle Maßnahmen im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung sollen möglichst mit Kinderbetreuung flankiert werden, um insbesondere für Frauen die Teilnahmemöglichkeit zu gewährleisten.

Wir sehen insbesondere den Bedarf, in Anlehnung an die regionalen Netze, die seit 2015 nicht weitergeführt wurden, eine neue, quartiersorientierte Struktur ins Leben zu rufen. Dafür werden wir eigene konzeptionelle Vorschläge erarbeiten. Kernelemente werden dabei sein:

- Kombination von Wohnen und Arbeit bei der Quartiersentwicklung (produktive Stadt), z.B. Tabakquartier in Woltmershausen, Übersee-Insel
- Einsatz für ausreichend Gewerbeflächen auch für kleine, quartiersbezogene Betriebe, z.B. das Handwerk, ermöglicht „Stadt der kurzen Wege“
- Schaffung von gemeinnützigen Beschäftigungsmöglichkeiten (sozialer Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose), z.B. Umweltwächter in den Stadtteilen, Hilfskräfte für Bürgerhäuser, Concierges in Gewoba-Anlagen. Derzeit sind wir bei gut 900 Stellen und wollen in der Koalition auf 1.500 ausbauen
- Ausweitung des Tariftreue- und Vergabegesetzes und damit mehr gute Arbeit z.B. im lokalen Handwerk
- Wir wollen in den Quartieren, besonders bei kleineren Betrieben für mehr Ausbildung werben und sie dabei unterstützen

- Bildung und Beratung im Quartier: Quartiersbildungszentren stärken, sie helfen bei der Vorbereitung auf Arbeit z.B. durch Sprachförderung oder Hilfe bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen
- Niedrigschwellige Qualifizierungsprogramme in den Quartieren (besonders für Frauen)

Lokale Wirtschaft unterstützen

Die SPD-Fraktion setzt auf die Stärkung der Wirtschaft im Land Bremen. Diese Unterstützung ist die Grundlage von Beschäftigung, Produktion, Handel und Versorgung. Der Erhalt und die Entwicklung unserer leistungsfähigen Wirtschaft beinhaltet mitunter auch, dass z.B. Fragen der überregionalen verkehrlichen Anbindung Vorrang haben vor partiellen örtlichen Interessen. Zudem brauchen wir ein qualitativ wie quantitativ ausreichendes Angebot an Gewerbeflächen in allen Stadtbezirken Bremens und in Bremerhaven.

Bremen und Bremerhaven haben eine sehr starke Industriebasis, die Kern vielfältiger darauf bezogener Entwicklungen auch in anderen Bereichen ist. Zum industriellen Kern gehören z.B. internationale Unternehmen der Luft- und Raumfahrt, des Automobil- und Schiffsbaus mit ihren Zulieferern, der Windenergie, der Logistik- und IT-Wirtschaft sowie die Stahlindustrie und die Lebensmittelbranche als zweitgrößter Arbeitgeber im produzierenden Gewerbe. Diese Branche ist mitunter sehr kleinteilig und über das ganze Stadtgebiet von Bremen und Bremerhaven verteilt. Hierfür brauchen wir ein Unterstützungskonzept, das den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht wird.

Wir haben in Bremen starke, mittelständische Industrieunternehmen mit hoher Innovationskraft, die führend am Weltmarkt operieren. Traditionell gibt es in diesem Bereich die größten Vorbehalte gegen die neue Regierungskoalition. Diese sollten im Dialog mit den Unternehmen und Verbänden abgebaut werden. Unsere industriellen Cluster weiter zu stärken und zu erhalten ist unser fester Wille. Die bremischen Universalhäfen sind und bleiben Tore zur Welt und Motoren für die Wirtschaft im Lande Bremen.

Zu dieser Stärkung müssen wir mit der Industrie gemeinsame Projekte entwickeln. Für den Bereich Automobil könnte dies z.B. die E-Mobilität mit Ladeinfrastruktur sein. Für den Bereich Luft und Raumfahrt ist z.B. das Ecomat auszubauen.

Gleichwohl ist festzustellen, dass das Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum zunehmend nicht nur in reinen Gewerbegebieten, und damit oft an der Peripherie

unserer Stadt gelegen, stattfindet, sondern, wie z.B. bei der Lebensmittelbranche, in ihren integrierten Lagen. Die Mischung aller städtischen Funktionen wird für Gewerbestandorte und Wohnquartiere wichtiger. Der zunehmenden Bedeutung der lokalen Ökonomie wollen wir Rechnung tragen und sie insbesondere im Hinblick auf das Dienstleistungsangebot fördern. Kleinere „Gewerbeinseln“ in den Stadtteilen sollen dort, wo es sinnvoll ist, planmäßig geschützt und gefördert werden.

Um die Ansiedlung und Erweiterung von Unternehmen zu beschleunigen, ist es sinnvoll, Projekt- oder Ansiedlungskonferenzen unter Beteiligung aller betroffener Behörden und öffentlicher Stellen einzurichten, in denen die Vorhaben schon zu Beginn auf ihre grundsätzliche Machbarkeit geprüft und ggfs. Alternativen vorgeschlagen werden.

Auch neue Gründerzentren und Handwerkerhöfe brauchen die Nähe zu ihren Kunden. Kleingewerbe und Gründungen schätzen die Nachnutzung von Gewerbegebäuden. Modernes Kunsthandwerk und digitalisierte Fertigungsverfahren lassen sich gut im urbanen Umfeld integrieren, ohne Störungen auszulösen. Die Chancen einer sogenannten produktiven Stadt sind in den Stadtteilen und Quartieren planmäßig zu fördern und auszubauen.

Wir wollen im Land Bremen die Entstehung eines Gründermilieus anregen. Wir ermutigen, beraten und unterstützen daher alle, die in Bremen und Bremerhaven ein Unternehmen gründen wollen, um sich selbstständig zu machen. Wer im Handwerk, im Handel, in der Gastronomie oder im Umfeld der Universität mit einer klugen Geschäftsidee aufbrechen will, soll beste Bedingungen vorfinden. Mit dem STARTHaus ist eine gute Basis für eine bedarfsgerechte Beratung geschaffen worden. Diese gilt es auszubauen, um neue Instrumente insbesondere im Hinblick auf wissensbasierte, kreative Gründungen zu ergänzen und mit weiteren Initiativen wie den Zukunftsorten und der „Partnerschaft Umwelt Unternehmen“ der Handelskammer und der Handwerkskammer zu verknüpfen, um vor allem auch kleine und mittlere Betriebe für den Klimaschutz zu gewinnen.

Ein Schwerpunkt ist und bleibt die Ausbildung. Dies ist nicht nur ein bildungspolitisches Thema, sondern auch ein wirtschaftspolitisches.

Fachkräfte und Qualifikation sind inzwischen Standortfaktoren und damit für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes elementar. Hierbei kommt der „Berufsschule“ eine herausragende Rolle zu. Die Idee des Berufsschulcampus ist nicht nur für Blumenthal gut, sondern auch für die Stadt Bremen zu prüfen.

Wissenschaft belebt

Als Beschäftigungs- und Studienorte tragen die Hochschulen und Forschungsinstitute auch direkt dazu bei, eine Vielzahl - insbesondere hochqualifizierter - Arbeitsplätze zu schaffen und eine große Zahl von jungen Menschen nach Bremerhaven und Bremen zu ziehen. Die zahlreichen Studierenden und jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit ihren Familien tragen damit in hohem Maße zur Verjüngung der Bevölkerung und zur kulturellen Belebung unserer beiden Städte bei. Gute Beispiele sind die Hochschule Bremen als Entwicklungsmotor für die Neustadt oder die Jacobs University in Bremen-Nord. Mit der Realisierung des Werftquartiers in Bremerhaven ist eine entsprechende Entwicklung zu erwarten.

Traditionell weltoffen und international

Bremen und Bremerhaven sind als Hafenstädte von jeher weltoffen und international. In unserem Bundesland gibt es eine lange Tradition der internationalen Kooperation, der Solidarität und des Engagements der Zivilgesellschaft, aller sozialdemokratischen Bürgermeister und der SPD.

Die Europäische Union ist, trotz aller Notwendigkeit zur Weiterentwicklung, die einzige Möglichkeit, die globalen Herausforderungen zukünftig mitzugestalten und nicht nur deren Spielball zu sein. Für die Akzeptanz Europas ist es von besonderer Bedeutung, dass auch die Städte und Kommunen das ‚Projekt Europa‘ mittragen. Nationalismus und Separatismus bieten keine Lösungen, sondern verstärken die drängenden internationalen Herausforderungen. Eine gerechte und faire Weltwirtschaft, Klima- und Ressourcenschutz, globale Sicherheit und Frieden sowie die zunehmende Migration werden vor allem auf internationaler Ebene verhandelt, Probleme auf dem Weg dorthin oder dadurch wirken sich aber vor allem ganz konkret vor Ort aus, bis in die Stadtteile hinein. Das führt bei vielen Bürgerinnen und Bürgern zu Unsicherheit und Besorgnis.

Als SozialdemokratInnen wollen wir aufzeigen, welche Lösungen wir für diese Herausforderungen anbieten, um allen Menschen Sicherheit in einem sozialen Europa in einer gerechteren Welt zu geben. Freizügigkeit, Demokratie und Grundrechte für alle als Lehre aus der gemeinsamen Geschichte von Krieg, Antisemitismus und Faschismus sind auch weiterhin ein Motor für eine demokratische, pluralistische und selbstbestimmte Gesellschaft.

In Bremen und Bremerhaven ist spürbar, dass sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger aktiv und oft ganz konkret für ein soziales Europa und eine gerechtere Welt engagieren.

Die SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft wird deshalb noch stärker in Bezug auf europapolitische, internationale und entwicklungspolitische Fragen in den Stadtteilen aktiv werden und die Menschen, die bei uns leben, mit ihren Vereinen und Gruppen unterstützen – egal aus welchem Land sie stammen.

Gemeinsam mit unserem Abgeordneten im Europaparlament werden wir Veranstaltungen zu Europa-, und entwicklungspolitischen sowie internationalen Themen in den einzelnen Stadtteilen anbieten sowie noch stärker die Förderprojekte vor allem der Europäischen Union in den Stadtteilen unterstützen bzw. sichtbar machen.

Wir wollen auch weiterhin konkrete Anliegen aus beiden Städten und den Stadtteilen zu entwicklungspolitischen und europapolitischen Themen in der Stadtbürgerschaft und auch im Landtag initiieren.

Sichere und saubere Quartiere

Auch in der Innen- und Sicherheitspolitik spielt der Quartiersbezug in unseren beiden Städten Bremen und Bremerhaven eine herausragende Rolle. Sowohl die Polizei als auch der verstärkte Ordnungsdienst werden noch mehr Verantwortung übernehmen für unseren politischen Anspruch „Sichere und saubere Stadtquartiere“ zu gewährleisten.

Damit die Polizei dieser zusätzlichen Verantwortung als zentraler Akteur der öffentlichen Sicherheit gerecht werden kann, müssen die notwendigen personellen und materiellen Voraussetzungen geschaffen werden.

Am Hauptbahnhof Bremen konnte durch erhöhte Präsenz und eine zielgerichtete Vorgehensweise bereits eine deutliche Verbesserung des Sicherheitsgefühls und Wohlbefindens erzielt werden. Dieser Ansatz ist zu übertragen auf andere Gefahren- bzw. Angstorte in beiden Städten.

Ebenso hat sich die vernetzte und zielgerichtete Vorgehensweise in Gröpelingen mit der dortigen „Sicherheitspartnerschaft“ bewährt, in die auch die Wohnungsbauunternehmen und Gewerbetreibenden einbezogen wurden. Die dort

gemachten Erfahrungen müssen jetzt für weitere Quartiere genutzt werden in Bremen und Bremerhaven.

Zur besseren Erreichbarkeit gehören auch die neuen Medien. Die Digitalisierung polizeilicher Arbeit, insbesondere das mobile Arbeiten und die Erweiterung der Online-Wache als Serviceverbesserung für alle BürgerInnen werden wir konsequent fördern.

Wir setzen uns für die rasche Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle ein, an die sich BürgerInnen und Polizeibedienstete mit Kritik und Vorschlägen wenden können. Die Beschwerdestelle muss eigenständige Untersuchungsbefugnisse erhalten und wird unabhängig vom Senat bei der Bürgerschaft angesiedelt.

Die Kontaktpolizisten sorgen für eine bürgernahe Polizei und stärken das Sicherheitsgefühl der Menschen vor Ort.

Der in vielen Quartieren prekären Parksituation werden wir einerseits begegnen, indem wir die Zahl der Verkehrsüberwacher sukzessive aufstocken. Zum anderen werden wir mit dem Mobilitätsressort intelligente Maßnahmen zur Verringerung des Parkdrucks entwickeln.

Wir wollen die Aufklärung und Bekämpfung von Hass und Hetze durch Rechtsextremisten und Rechtspopulisten im Netz und vor Ort verbessern. Den geistigen Brandstiftern werden wir überall entschieden entgegentreten. Dazu wollen wir auch die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Strukturen und Initiativen in unseren Stadtteilen stärken, die für ein tolerantes Miteinander stehen und werben.

Zur Verbesserung der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls gehört, dass Straftaten konsequent verfolgt und zeitnah durch unsere Justiz abgearbeitet werden. Wir werden unsere Justiz so ausstatten, dass ihr dies auch ermöglicht wird. Gleichzeitig werden wir Institutionen wie z.B. den Täter-Opfer-Ausgleich stärken, die in den Orts- und Stadtteilen erheblich zur langfristigen Stabilisierung beitragen und damit letztlich auch entlastend für die Justizbehörden sind.

Bezahlbares Wohnen in lebendigen Quartieren

„Jeder Bewohner der Freien Hansestadt Bremen hat das Recht auf eine angemessene Wohnung“. Diese Vorgabe unserer Landesverfassung ist für uns SozialdemokratInnen unser Auftrag. Bezahlbares Wohnen ist ein Grundrecht, das der Markt allein nicht verwirklichen kann. Deshalb muss politisch gehandelt werden.

Um das in Schieflage geratene Verhältnis von Angebot und Nachfrage wieder zu richten, werden wir den Neubau forcieren. Wir werden mit unseren Beiratsaktiven Flächen und Brachen für den Wohnungsbau in den Quartieren identifizieren, um das Ziel von 10.000 neuen Wohneinheiten in dieser Legislaturperiode zu erreichen. Auf der Basis des Wohnbauflächenmonitorings von November 2018 werden wir eine Prioritätenliste für die bebaubaren Flächen erstellen. In den kommenden Jahren sind einige größere Stadtentwicklungsprojekte geplant bzw. bereits in der konkreten Planung. Dazu zählen z.B. das vormalige Könecke- sowie Coca-Cola-Gelände in Hemelingen, das Tabakquartier in Woltmershausen oder die Überseeinsel. Dabei wollen wir auch Gewoba und Brebau einsetzen, um zu erschwinglichem Neubau beizutragen. Zudem wollen wir – wie derzeit bei der Lüssumer Heide – weitere Möglichkeiten nutzen, zu vernünftigen Preisen Wohnbestände großer Wohnungskonzerne in die Hand der Stadt zu bringen.

Sozial durchmischte Quartiere werden von ihren BewohnerInnen als besonders lebenswert geschätzt. Wo die Stadt Einfluss auf die Entscheidung für Miet- bzw. Eigentumswohnungsbau hat, werden wir ihn nutzen, um wirtschaftlich schwächere Quartiere mithilfe von Eigentums- und wirtschaftlich stärkere mithilfe von Mietwohnungen zu durchmischen. Wir wollen die Sozialquote von künftig stadtweit insgesamt 30 Prozent je nach Ortsteil variieren.

Unsere Stadtentwicklungspolitik ist darauf ausgerichtet, die Lebensqualität in den Quartieren und Ortsteilen zu stabilisieren und zu erhöhen. Dazu gehören ausreichend Grün- und Spielflächen und wohnortnahe Versorgung im Sinne einer „Stadt der kurzen Wege“. Gewoba und Brebau tragen dazu durch ihre Verantwortung für die Nachbarschaft entscheidend bei. In Fällen der Grundstücksveräußerung müssen schon bei der Formulierung der Ausschreibungen die Bedingungen für und Ansprüche an die städtebaulichen Gemeininteressen klar formuliert werden.

Wir wollen bis 2023 in Bremen nicht nur 8.000 Wohnungen erreichen, die der Sozialbindung entsprechen, sondern auch Angebote für Gruppen, die es auf dem Wohnungsmarkt besonders schwer haben – wie Wohnungslose und Menschen mit Beeinträchtigungen, Studierende und Azubis sowie ältere Menschen, die barrierefreie Wohnangebote in ihrem gewohnten Quartiersumfeld benötigen.

Den Mobilitätswandel in Bremen gestalten

Eine Voraussetzung für soziale Teilhabe ist Mobilität. Dazu gehört eine gute Anbindung der Quartiere an den ÖPNV und das Radwegenetz. Wir wollen, dass alle Stadteile und Quartiere mit dem ÖPNV gut zu erreichen sind. Die Quartiere werden über ein gut ausgebautes Fahrradwegenetz mit einander mehr zusammenrücken. Dazu gehört für uns auch, den ÖPNV für alle erschwinglich zu gestalten. Wir wollen Quartiere von Durchgangsverkehr soweit wie möglich entlasten.

Die „autogerechte Stadt“ war auch in unseren beiden Städten über Jahrzehnte die Grundlage der Verkehrsplanung. Das Auto stand als Sinnbild für Wohlstand, das auch die SPD über lange Zeit zu Recht gestützt hat. Dieser Ansatz ist heute aufgrund der aktuellen Diskussionen um zwingend nötigen Klimaschutz, höheren Gesundheitsschutz, Staus durch die stetig zunehmende Zahl an Autos bei gleicher Fläche und dem Verlust von Lebensqualität durch Straßenlärm nicht mehr zeitgemäß. Es fehlt an einer gerechten Verteilung der öffentlichen Fläche für alle Verkehrsteilnehmende und dadurch auch an einer echten Freiheit bei der Wahl der Mobilitätsform. Grundlegend für einen funktionierenden Mobilitätswandel ist neben einem attraktiven ÖPNV auch eine Verbesserung der Fuß- und Radverkehrsinfrastruktur.

Alle Menschen in unseren beiden Städten sind angewiesen auf ein sehr gutes Angebot von Bussen und Bahnen und sichere Fuß- und Radwege. Jedem Menschen soll eine gesellschaftliche Teilhabe möglich sein. Mobilität ist eine der wichtigsten Grundlagen dafür. Sei es auf dem Weg zur Arbeit, in die Schule, von Freunden nach Hause, ins Kino, zu Ärztinnen und Ärzten oder zum Supermarkt, diese Wege müssen sicher und effizient auch ohne Auto zurücklegbar sein. Wir wollen uns mit den nachfolgend genannten Maßnahmen für einen Mobilitätswandel einsetzen.

Wir werden den Ausbau sozialverträglicher Angebote des ÖPNV fördern durch:

- Einführung des kostenlosen Stadttickets für berechnigte Kinder
- Einführung des 25-Euro-Tickets für Schülerinnen und Schüler, Azubis, Freiwilligendienstleistende
- Attraktivere Gestaltung des Jobtickets durch mehr Arbeitgeberzusammenschlüsse und Senkung der Mindestteilnehmerzahl
- Erhöhung der Angebotsdichte im ÖPNV/SPNV
- Anbindung der Randgebiete an den ÖPNV (neue Linien, Taktung)
- Neue Straßenbahnlinien (5, 2 oder 10, 1+8, neue Linie in die Überseestadt)

- Regio-S-Bahn, bessere Taktung und mehr Haltepunkte und Linien (Technologiepark, Föhrenstraße, Überseestadt, Arbergen, Burg-Grambke, Huchting)
- Prüfung von weiteren Fährverbindungen über die Weser

Gesunde Quartiere des sozialen Zusammenhalts

Die Förderung von Chancengleichheit wirkt sich unmittelbar auch auf den Gesundheitszustand der Menschen aus. Investitionen in den Kita- und Schulausbau, in den Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit sowie in die Schaffung von Arbeitsplätzen, in die Wohnraumförderung und insbesondere in die Stärkung der Quartiere leisten einen Beitrag zum Abbau von gesundheitlicher Chancenungleichheit. Die medizinische Versorgung muss für alle erreichbar sein. Dafür tragen auch die Krankenhäuser im Land Bremen – insbesondere der kommunale Klinikverbund – eine zentrale Verantwortung.

Die Chancen für ein gesundes Aufwachsen und Leben im Land Bremen sind ungleich verteilt. Aus sozialdemokratischer Sicht ist dies nicht hinnehmbar. Gesundheit ist ein Menschenrecht.

Die Verantwortung für Gesundheit liegt nicht ausschließlich bei jedem Einzelnen, sondern ist auch eine gesellschaftliche Aufgabe, die in allen Bereichen der Politik gefördert werden muss. Gesundheit muss für alle machbar und im Alltag etabliert sein, und sie muss alle Generationen erreichen. Dafür ist eine politische Gesamtstrategie erforderlich, welche die Gesundheitsförderung vor Ort in den Mittelpunkt stellt und beteiligungsorientiert sowie alters-, geschlechter- und kultursensibel ausgerichtet ist.

Gesundheitsförderung ist dann erfolgreich, wenn sie im Quartier und in der Lebenswelt der Menschen ansetzt und wenn die Menschen aktiv daran beteiligt werden. Gesundheit ist mehr als körperliche und psychische Unversehrtheit: Für uns bedeutet Gesundheit körperliches, geistiges und soziales Wohlergehen. Deshalb setzen wir uns für eine generationenübergreifende, chancengerechte gesundheitliche Versorgung nah an den Menschen in den Quartieren ein.

Eine nachhaltige und zeitgemäße Gesundheitspolitik muss die Auswirkungen sozialer Einflüsse, wie etwa Armut und Diskriminierungserfahrungen, aber auch ökologischer Einflüsse auf die Gesundheit anerkennen und aufgreifen. Wir wollen die Ursachen gesundheitlicher Ungleichheit bekämpfen und einen bedarfsgerechten und

solidarischen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung in Bremen und Bremerhaven erreichen und sicherstellen. Auch die gesundheitlichen Folgen des Klimawandels – vor allem auf besonders gefährdete Gruppen sowie auch in ihrer geschlechtsspezifischen Dimension – wollen wir entsprechend angehen.

Damit kranke und alte Menschen gut versorgt sind, setzen wir uns für mehr Fachkräfte im Gesundheitswesen ein, indem wir ihre Arbeitsbedingungen verbessern und ihnen damit mehr Zeit für ihre Patientinnen und Patienten geben.

Bremen bietet sich aufgrund seiner Größe, seiner „kurzen Wege“ und seiner Versorgungsstrukturen sehr gut für innovative Gesundheits- und Modellprojekte an. Über das Gemeinsame Landesgremium als Dialogplattform der maßgeblich beteiligten Akteure im Gesundheitsbereich sollen neue Versorgungsformen und -modelle im Land Bremen initiiert, finanziell gefördert und begleitet werden – auch unter Nutzung digitaler Möglichkeiten zur Vernetzung. Wir wollen die ambulanten und quartiersbezogenen Dienste stärken, damit sie trägerübergreifend vernetzt zusammenarbeiten können. Hierfür müssen auf Bundesebene die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Verbraucherinnen und Verbraucher stärken

Unsere Verbraucherpolitik zielt darauf ab, die Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern in allen Bereichen zu schützen. Sie ermöglicht und stärkt die Teilhabe und Selbstbestimmung der Menschen. Wir wollen die Souveränität und informationelle Selbstbestimmung von Verbraucherinnen und Verbrauchern in der zunehmend digitalen Welt stärken. Besonders relevant sind diese Fragen für volatile VerbraucherInnen und Menschen in benachteiligten Quartieren, die erfahrungsgemäß weniger Möglichkeiten haben, Konsumententscheidungen auf Augenhöhe zu treffen.

Die SPD-Fraktion sieht drei wesentliche Instrumente zur Umsetzung unserer Verbraucherschutzpolitik:

- Verbraucherberatung muss zu den Menschen kommen
- VerbraucherInnenbildung legt den Grundstein für souveräne KonsumentInnenentscheidungen
- Verbraucherinformationsangebote ermöglichen niedrigschwellige Zugänge.

Die 2018 eingeführte aufsuchende, kostenlose und unabhängige Verbraucherrechtsberatung soll verstetigt und auf weitere Quartiere mit besonderen Problemlagen ausgeweitet werden. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass auf Bundesebene die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, eine aufsuchende Beratung im Regelangebot der Verbraucherzentralen zu berücksichtigen. Um die Gruppe der jungen Verbraucherinnen und Verbraucher frühzeitig zu erreichen, wollen wir die VerbraucherInnenbildung an Schulen in Bremen und Bremerhaven verstärken. VerbraucherInneninformationen ermöglichen niedrigschwellige Zugänge zu den Rechten von VerbraucherInnen. Wir wollen mehr aufsuchende Informationsangebote vor Ort in den Quartieren ermöglichen.

Kulturelle Teilhabe in den Quartieren

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gilt auch in Bezug auf Kultur: Herkunft oder der Geldbeutel dürfen nicht über kulturelle Teilhabe entscheiden. Wir wollen, dass alle Menschen an Kunst und Kultur teilhaben können. Daher wollen wir auch in Zukunft die kulturellen Angebote in den Quartieren stärken und ausbauen. Wo vielen Kindern und Jugendlichen der familiäre Zugang zu Kultureinrichtungen fehlt, müssen Vermittlungsangebote weiter ausgebaut und verstetigt und Hemmschwellen abgebaut werden. Kultur – das zeigt sich etwa in der „Alten Bürger“, im Goethequartier in Bremerhaven oder in der Kooperation zwischen GSO und Deutscher Kammerphilharmonie Bremen – ist nicht zuletzt auch ein Motor von Stadtteilentwicklung.

Eine wichtige Ankerfunktion in den Stadtteilen nehmen die Bremer Bürgerhäuser wahr, die wir bei ihrer Entwicklung zu Quartierszentren mit kulturellem Schwerpunkt unterstützen wollen. Auch das Kulturticket gilt es weiterzuentwickeln. Wir werden ein Modellprojekt installieren, um die soziale Teilhabe an den Museen zu verbessern. In diesem Zusammenhang prüfen wir die Einführung eines regelmäßigen Tages mit freiem Eintritt, verbunden mit speziellen Vermittlungsangeboten.

Kultur ist eine Querschnittsaufgabe und für viele Bereiche der Gesellschaft bereichernd und entwicklungsfördernd. Dies betrifft die Stärkung der Wirtschaft und des Tourismus durch eine breite und über Bremen hinaus interessante kulturelle und kreativwirtschaftliche Landschaft. Ohne Kultur ist eine innovative Stadtgesellschaft nicht denkbar. Stadt- und Quartiersentwicklung benötigen Kultur, um für alle Menschen, ob jung oder alt, attraktiv und lebendig zu sein. SchülerInnen den Zugang zu kultureller und ästhetischer Bildung zu erschließen, leistet einen wichtigen Beitrag, damit sie an einer modernen Gesellschaft teilnehmen und den Eigenwert von Kultur

und kultureller Produktion erkennen können. Kunst ist nicht zuletzt ein Weg zur Verständigung. Kinder lernen hier neue Herausforderungen kennen, profitieren von Erfolgserlebnissen und lernen früh, dass Kunst lebendig und bereichernd ist. Wir werden Kultur als Querschnittsaufgabe stärken – und damit die Netzwerke mit Bildung, Wissenschaft sowie Standort-, Stadt- und Quartiersentwicklung.

Für uns spielt auch die enge Verzahnung der freien Szene mit eher traditionellen Kulturangeboten sowie die Einbeziehung von Aktiven aus den Stadtteilen eine große Rolle. Kultur bedeutet für uns in diesem Zusammenhang auch, sich „ausprobieren“ zu können.

Die finanzielle und die soziale Absicherung freier MitarbeiterInnen (Honorarkräfte) von kulturellen Einrichtungen wollen wir weiter verbessern.

Sport verbindet

In Sportvereinen vor Ort gelingt es durch ehrenamtliches Engagement tagtäglich, Bewegung zu fördern, Werte zu vermitteln und unterschiedliche Menschen zusammenzubringen. Durch gemeinsame Aktivitäten im Sport wird das Leben im Quartier mitgestaltet. Sportvereine und offene Sportangebote fördern das soziale Miteinander, stärken den Zusammenhalt im Stadtteil und fördern die Gesundheit. Sport verbindet und verstärkt die Integration und die Inklusion im gemeinsamen Tun. Der Sport in Bremen lebt vom ehrenamtlichen Engagement vieler Menschen. Deshalb wollen wir die Sportvereine bei der Erfüllung dieser Aufgaben unterstützen und außerdem einen Sanierungsfonds für vereinseigene Sporthallen auflegen.

Wir setzen uns dafür ein, dass kurzfristig das im Koalitionsvertrag vereinbarte Konzept zum Zusammenwirken zwischen den Bereichen Sport und Bildung zur Beschleunigung der Instandsetzung und Modernisierung der vorhandenen städtischen Sporthallen vorgelegt wird.

Im Bereich der Bäder werden wir die Sanierung bzw. den Neubau von Westbad, Horner Bad und Fritz-Piaskowski-Bad in Vegesack umsetzen. Derzeit ist Schwimmen in Bremen nicht für jeden bezahlbar. Mit einer neuen Preisstruktur werden wir allen Menschen die Möglichkeit zum Badbesuch gewährleisten. Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre sollen für 1 Euro Schwimmen gehen können, für Empfänger von Sozialleistungen müssen die Preise deutlich gesenkt werden. Die neue Preisstruktur muss zum Start der Freibadsaison 2020 stehen.

Für diese Politik wollen wir in die Quartiere. Und wir wollen sie für die Menschen und mit den Menschen vor Ort, konkret ausgestalten und umsetzen. Der Quartiersbezug ist nicht nur für die inhaltliche Ausgestaltung unserer Politik maßgeblich, sondern beschreibt auch die Arbeitsweise, die wir uns für die kommenden Jahre vorgenommen haben. Wir wollen unsere Politik erklären, für sie eintreten, mit den Menschen diskutieren. Die SPD wird dort sein, wo sie gebraucht wird: dort, wo die Menschen zu Hause sind – und vor allem dort, wo sie besondere Unterstützung der Politik brauchen.